

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/246

29. Dezember 1975

Die SPD ist wieder in Form

Die Reformarbeit für ein modernes Deutschland
geht weiter

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Seite 1 und 2 / 88 Zeilen

Die Zukunft ist gesichert

Das Jahr 1976 berechtigt zu maßvollem Optimismus

Von Albert Osswald MdL
Ministerpräsident von Hessen

Seite 3 / 32 Zeilen

Eine europapolitische Bilanz 1975

Die Gemeinschaft bestand ihre bisher härteste Bewährungs-
probe

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt und Mitglied des Vor-
standes der SPD

Seite 4 bis 6 / 121 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Ebert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10
Postfach: 120-400
Pressehaus 5, Zimmer 217-224
Telefon: 33 93 97-10
Telex: 33 93 97-40 page 4

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 100-112, Telefon: 376511

Die SPD ist wieder in Form

Die Reformarbeit für ein modernes Deutschland geht weiter

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vor uns liegt ein Jahr, das den deutschen Sozialdemokraten viel abverlangt wird. Der Bundestagswahlkampf wird viel Kraft in Anspruch nehmen. Aber: Nach unbestreitbaren Rückschlägen bei einigen Landtagswahlen 1974/75 - die gewiß nicht nur objektiv bedingt waren und die natürlich auch entmutigend wirkten - ist die SPD heute wieder in Form. Die Bundesregierung, die wir gemeinsam mit den Freien Demokraten tragen, hat gute Aussichten, das Vertrauen der Mehrheit der Bürger unseres Landes neu zu gewinnen. Diese Chance müssen wir nutzen; um ihre Verwirklichung müssen wir kämpfen. Im Vorfeld dieser Entscheidung haben die Landtagswahlen in Baden-Württemberg ihre besondere Bedeutung.

Wenn wir erneut um den Wählerauftrag ringen, so ist das weder eine taktische Frage noch in erster Linie ein Problem der besseren Werbung. Zu allererst ist es eine Frage der besseren Politik. An eines müssen sich die Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie stets erinnern: Die SPD ist die Partei der breiten Schichten unseres Volkes. Sie waren es, die unsere Partei 1972 in der Verantwortung bestätigt und ihr den Auftrag erteilt haben, in der Reformarbeit für ein modernes Deutschland nicht nachzulassen. Dieser Auftrag gilt weiter, auch und gerade in einer schwieriger gewordenen Welt.

Dieser Auftrag ist von unserem Mannheimer Parteitag bestätigt worden. Dabei hat sich auch ergeben: Die Sozialdemokratie ist und bleibt die Partei der Freiheit des Geistes. Der Aufruf, für die Liberalität in unserem Lande einzustehen, begegnet bei vielen Bürgerinnen und Bürgern wacher Bereitschaft. Viele spüren, daß die Entschlossenheit, den demokratischen Staat vor seinen Feinden zu schützen, leider zu oft gepaart ist mit Intoleranz. Die SPD verteidigt unseren demokratischen Staat und die Sicherheit seiner Bürger mit aller Entschiedenheit. Aber ebenso entschieden wendet sie sich gegen Duckmäusertum, Opportunismus und Feigheit vor der Obrigkeit. Niemand, der vom Grundrecht der freien Meinungsäußerung Gebrauch macht, soll befürchten müssen, daß ihm daraus Nachteile erwachsen.

Sicher ist, daß die wirtschaftliche Situation in den nächsten Monaten und im eigentlichen Wahlkampf eine zentrale Rolle spielen wird. Dabei muß man daran erinnern, daß unsere Bundesrepublik an der Schwelle des neuen Jahres der Entwicklung gelassener entgegensehen kann als manches andere westliche Industrieland. Die Preisaufsteigerungsrate in unserem Land ist auf das niedrigste Niveau seit Mitte 1972 gesunken. Damit wird eindrucksvoll belegt, daß die ständigen Bemühungen der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung um mehr Geldwertstabilität erfolgreich sind.

Aber: So sehr ich diese stabilitätspolitische Leistung begrüße - die

wirtschaftlichen Probleme sind damit noch nicht gemeistert. Jetzt, wo wir im Kampf gegen die Inflation etwas mehr Luft haben, müssen wir uns mit noch mehr Energie als bisher bemühen, die Arbeitslosigkeit zu senken und einen möglichst hohen Beschäftigungsgrad zurückzugewinnen. Dabei dürfen wir uns keine Illusionen machen: Wir müssen davon ausgehen, daß wir aus Gründen der weltwirtschaftlichen Entwicklung zumindest noch während dieses Winters mit relativ hohen Arbeitslosenzahlen leben müssen. Aber die Bürger in unserem Lande können sich darauf verlassen, daß die SPD das Recht auf Arbeit - ungeschrieben zwar, aber dennoch vom Rang eines Grundrechtes - mit allen Kräften verwirklichen helfen muß.

Bei all unseren Bemühungen um wirtschaftlichen Fortschritt dürfen wir nicht vergessen, daß wir in der Bundesrepublik nicht auf einer Insel leben. Wenn die zu erwartende wirtschaftliche Erholung - nicht nur bei uns - von Dauer sein soll, müssen 1976 konkrete Schritte zu einer Neuordnung der Weltwirtschaft getan werden, die die Interessen der armen Entwicklungsländer, der Rohstofflieferanten und der Industrienationen auf einen Nenner bringt. Durch den Dialog zwischen diesen drei Staaten-Gruppen, der Mitte Dezember in Paris begonnen hat, ist eine reelle Chance für eine vernünftige Partnerschaft in Solidarität eröffnet. Dies macht deutlich, daß die Ost-West-Politik zunehmend durch die Nord-Süd-Problematik überlagert wird. Im Klartext: Wir benötigen einen neuen Realismus in der Weltpolitik, der das Bewußtsein für die Tatsache schärft, daß nur maximal zwölf Prozent der Weltbevölkerung in relativem Wohlstand leben, daß aber zugleich Abermillionen Menschen gerade noch vegetieren oder sogar dem totalen Elend ausgeliefert sind.

Um materiell und ideell Energien zur Lösung dieser brennenden Existenzfragen der Menschheit mobilisieren zu können, müssen 1976 bei dem, was wir Entspannungspolitik nennen, nicht nur Rückschläge verhindert werden; wir müssen illusionslos, aber mit Beharrlichkeit weitere Fortschritte erzielen. Die Bemühungen zu einem zweiten SALT-Abkommen zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR zu kommen, bleiben ebenso auf der Tagesordnung wie die Wiener Konferenz über beiderseitige ausgewogene Verminderung von Truppen und Rüstungen (MBFR). Erste, wenn auch bescheidene Ergebnisse sollten im kommenden Jahr in Wien möglich sein. Schon dies besagt, daß die Politik des Ausgleichs und der Entspannung energisch fortgesetzt werden muß. Das zusammenwachsende West-Europa und damit auch die Bundesrepublik werden dazu noch vorne weisende Beiträge zu leisten haben, die das immer noch schwelende und von Scharfmachern aufgeheizte Mißtrauen abbauen helfen.

Die Europäische Gemeinschaft muß sich 1976 zunehmend als gewichtiger Faktor in der Weltpolitik bewähren, gerade auch was die Politik des Ausgleichs betrifft. Damit einhergehen muß die Mobilisierung gegen Rückfälle in Nationalismus, in Überheblichkeit und in Selbstgefälligkeit. Sie sind das Gegenteil von dem, was wir als humanitäre Pflicht und solidarische Verantwortung gegenüber den armen Ländern begreifen und praktizieren müssen.

(-/29. 12. 1975/bgy/pr)

Die Zukunft ist gesichert

Das Jahr 1976 berechtigt zu maßvollem Optimismus

Von Albert Osswald Mdl

Ministerpräsident von Hessen

Bei der Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik ist eine rosarote Schönfärberei ebenso falsch wie tief-schwarzer Pessimismus. Wir müssen die Lage realistisch betrachten und wissen, daß es kein Patentrezept, kein Wundermittel für die kurzfristige Bewältigung der Probleme gibt, und von heute auf morgen keine entscheidende Besserung erreicht werden kann.

Dennoch können wir berechtigt mit maßvollem Optimismus in das Jahr 1976 gehen, das unser Land ein weiteres Stück vortreiben wird. Das vor uns liegende Jahr erfordert aber von allen politischen Kräften Mut und Tatkraft, damit die soziale Sicherung erhalten bleibt und die demokratischen Freiheiten auch weiterhin gewährleistet bleiben.

In der hinter uns liegenden Zeit haben wir unsere Grenzen erkennen müssen. Wir alle müssen lernen, zwischen dem Wünschbaren und dem Möglichen noch schärfer zu trennen. Wenn unsere Politik eine Politik für die Bürger bleiben soll, dann können wir uns keine Illusionen erlauben. Wir werden uns darauf einzurichten haben, mit der neuen Wirklichkeit auch künftig zu leben. Die Sicherung des Erreichten hat unter den gegenwärtigen Bedingungen Vorrang.

Ich halte es allerdings für nicht gut, wenn die uns bedrängenden Fragen wie Arbeitslosigkeit, Sicherheit und Bildungsprobleme zunehmend zum Tunnelplatz parteipolitischer Demagogie gemacht werden und dabei versucht wird, unseren gesunden Staat kaputtzureden. Die Bürger können sich darauf verlassen, daß die verantwortlichen Politiker in der Bundesrepublik ihre Verpflichtung zur Sicherung des freiheitlich demokratischen und sozialen Rechtsstaates Ernst nehmen und wir einer gesicherten Zukunft entgegenbehen.

(-/29. 12. 1975/wi/pr)

Eine europapolitische Bilanz 1975

Die Gemeinschaft bestand ihre bisher härteste Bewährungsprobe

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Staatsminister im Auswärtigen Amt und Mitglied des Vorstandes der SPD

Zu Beginn des vergangenen Jahres hat "Europa" vor allem in der öffentlichen Meinung der europäischen Staaten viel Schelte erfahren, und es hat nicht wenige Zweifler gegeben, die der Europäischen Gemeinschaft die Fähigkeit und den politischen Willen absprachen, mit den weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten und den binnenwirtschaftlichen Problemen der Mitgliedstaaten fertig zu werden.

In der Tat war die Europäische Gemeinschaft im Gefolge der Energiekrise und der weltweiten wirtschaftlichen Rezession in bisher nicht gekanntem Maße inneren und äußeren Belastungen ausgesetzt, die ihren Zusammenhalt bedrohten und den Integrationsprozeß ins Stocken geraten ließen. Die Ölkrise akzentuierte die verschiedenen energiepolitischen Interessen in der Gemeinschaft und die unterschiedlichen Wirtschafts- und Konjunkturverläufe in den Mitgliedstaaten verstärkten in bedrohlicher Weise zentrifugale Tendenzen. Wie sollte man auch in einer Situation, in der die Inflationsraten in der Gemeinschaft zwischen 6 vH (Deutschland) und 26 vH (Großbritannien) schwankten und die Regierungen mit zunehmender Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten, zu einer gemeinsamen Stabilitätspolitik gelangen. Oder wie konnte man in den europäischen Hauptstädten angesichts von Rezession, Haushalts- und Zahlungsbilanzschwierigkeiten noch an den Abbau des erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen den Mitgliedstaaten und den dazu erforderlichen Ressourcentransfer denken.

Die Zahl der zu lösenden Probleme, ihre Dringlichkeit und Schwierigkeit waren größer geworden und hatten die europäischen Visionen aus dem politischen Alltag verdrängt. Für einen "großen Sprung" nach vorn in Europa gab es keine Chance. Es hätte niemanden gewundert, wenn die Zweifler recht behalten und in dieser Situation die auseinanderstrebenden Kräfte in Europa die Oberhand behalten hätten. Um so bemerkenswerter sind die Erfolge einer angesichts der Dimension der aktuellen Probleme einzig realistischen "Politik der kleinen Schritte" (z.Zt. mit beträchtlicher "Schrittlänge"), die im Laufe des Jahres einen Prozeß der Konsolidierung der Gemeinschaft nach innen und außen in Gang setzten, der bis heute andauert.

Dieser Konsolidierungsprozeß wurde möglich durch eine besonders von der Bundesregierung geförderte Politik, die wegen der knappen Mittel eine Konzentration der Gemeinschaftsaktivitäten auf das Wesentliche erzwang und durch Setzung von Prioritäten zugleich die Kontinuität unserer Europapolitik im Rahmen des finanziell Möglichen sicherte. Dies manifestiert sich auf wirtschaftlichem Gebiet in einer praktizierten konjunktur- und währungspolitischen Solidarität, wie sie z.B. in dem Italien von Deutschland eingeräumten Währungskredit oder auch in den zwischen Deutschland und Frankreich abgestimmten Konjunkturprogrammen und in der Rückkehr Frankreichs in die sog. "Währungsschlinge" zum Ausdruck kommt. Damit hat sich die für die Zu-

kunft der Gemeinschaft essentielle und von der Bundesregierung stets vertretene Erkenntnis durchgesetzt, daß nur eine abgestimmte Politik des Aufschwungs in Stabilität in der gesamten Gemeinschaft die weitere wirtschaftliche Entwicklung und die europäische Integration sichern kann. Im politischen Bereich hat insbesondere die eindrucksvolle Entscheidung des britischen Volkes für die weitere Zugehörigkeit Großbritanniens zur Gemeinschaft den Konsolidierungsprozeß verdeutlicht.

An dieser insgesamt ermutigenden Entwicklung hatte der "Europäische Rat" der Regierungschefs als neues oberstes Lenkungsorgan der Gemeinschaft wesentlichen Anteil. Die Schaffung des Europäischen Rats war einer der bedeutendsten Schritte zur Absicherung der weiteren Integration durch eine Verbesserung des institutionellen Gefüges der Gemeinschaft, wie die Erfolgabilanz am Ende des Jahres nunmehr ausweist: Aus seiner ersten Tagung in Dublin konnte der Europäische Rat die britische Mitgliedschaft in der EG durch Schaffung eines Korrekturmechanismus zur Vermeidung unannehmbarer Situationen sichern. Auf ihrer Tagung in Brüssel legten die Regierungschefs die Grundlage für ein abgestimmtes Vorgehen zur konjunkturellen Situation und trugen besonders der Bundesrepublik Deutschland die Rolle des Impulsgebers an. Auch der politische Wille zu gemeinsamem Handeln im internationalen Bereich, wie in den Vereinten Nationen und im Rahmen der KSZE wurde auf dieser Tagung besonders deutlich zum Ausdruck gebracht. In Rom schließlich einigte sich der Europäische Rat auf die unmittelbare Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Jahre 1978, die Einführung eines einheitlichen Passes für alle Mitgliedstaaten ab 1978, ein gemeinsames Auftreten der Gemeinschaft auf der Pariser Konferenz über die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit ("Dialog") sowie auf entscheidende Verbesserungen im Finanzgebaren der Gemeinschaft.

Diese Beispiele verdeutlichen, daß die Krise der Weltwirtschaft und ihre Auswirkungen auf die EG-Mitgliedsländer die Gemeinschaft nicht zu sprengen vermocht haben. Das Erreichte wurde gehalten und gesichert und darüber hinaus wurden Perspektiven für die Zukunft aufgezeigt, die die Gemeinschaft im politischen Leben der Mitgliedstaaten und im Bewußtsein ihrer Bürger fester verankern und ihre politischen Ziele besser verdeutlichen sollen. Daß die Gemeinschaft diese Bewährungsprobe bestanden hat, wird auch in der gewachsenen Attraktivität der Gemeinschaft nach außen offenbar. Der Beitrittsantrag Griechenlands vom 12. Juni zeigt, daß der Gedanke der europäischen Einigung auch in den europäischen Ländern, die noch außerhalb der Gemeinschaft stehen, an Anziehungskraft gewonnen hat. Es ist der Gemeinschaft gelungen, trotz aller internen Schwierigkeiten ihre Außenbeziehungen erfolgreich weiterzuentwickeln und Ansätze eines kohärenten außenpolitischen Konzepts der Gemeinschaft zu schaffen. Insbesondere mit dem Ankommen von Lomé hat die Gemeinschaft ihre Beziehungen zu 46 Ländern der Dritten Welt in beispielhafter Weise angeordnet. Sie hat in der Mittelmeerpolitik weitere Fortschritte erzielt und im Hinblick auf Portugal gezeigt, daß sie zu schneller und unbürokratischer Hilfe in der Lage ist. Sie hat ihre weitweite politische Aktionsfähigkeit auf der 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen ebenso wie in

den multilateralen Handelsverhandlungen des GATT bewiesen, für deren Fortgang sie als größter Welthandelspartner zusammen mit den anderen großen Handelsmächten USA und Japan eine besondere Verantwortung trägt. Das mit der "Europäischen Politischen Zusammenarbeit" (EPZ) geschaffene effektive Instrument für die Herstellung eines außenpolitischen Konsensus haben die Neun auch 1975 konsequent genutzt und in Richtung auf eine kohärente außenpolitische Haltung weiterentwickelt. In den Verhandlungen der Europäischen Sicherheitskonferenz (KSZE) wurden die Neun dadurch zur eigentlichen diplomatischen Kraft des Westens.

Diese Beispiele der Erfolgabilanz der Gemeinschaft zeigen zwar, daß Europa nicht an den Widrigkeiten der weltwirtschaftlichen Entwicklung zerbrochen ist, sondern die härteste Bewährungsprobe seit Gründung der Gemeinschaft bestanden hat; sie sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der europäische Einigungsprozeß schwieriger geworden ist. Die Bundesregierung hat daher bereits im Herbst grundsätzliche und kritische Überlegungen darüber angestellt, wie die Probleme der europäischen Integration in den kommenden Jahren gelöst werden können. Das Bundeskabinett, das diesen Fragen mehrere Sitzungen widmete, hat bestätigt, daß die Fortführung der Europapolitik - mit der Europäischen Gemeinschaft als Fundament der Integration - im Rahmen der Gesamtpolitik der Bundesregierung auch weiterhin Vorrang genießt und zusammen mit dem Atlantischen Bündnis und der Entspannung ihre tragende Grundlage bildet.

Langfristiges Ziel der Europapolitik der Bundesregierung bleibt unverändert die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion und die Errichtung einer Europäischen Föderation. Wenngleich die Verwirklichung einer Europäischen Union, zu der sich alle neun Mitgliedstaaten in der Perspektive des Jahres 1980 bekannt haben, gegenwärtig in unbestimmte Ferne gerückt scheint, gilt es doch, die vorhandenen Ansatzpunkte für weitere Fortschritte konsequent zu nutzen und

- die Politik der kleinen Integrationschritte im Rahmen des finanziell Möglichen und durch Festlegung von Prioritäten beherrlich fortzusetzen;
- die EG-Finanzpolitik weiter zu verbessern;
- die politische Infrastruktur der Gemeinschaft durch Stärkung sowohl des Europäischen Parlaments wie auch des Rats weiter auszubauen;
- die gemeinsamen Politiken, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Währungs- und Regionalpolitik weiterzuentwickeln, um durch abgestimmte Strategien den wirtschaftlichen Wiederaufschwung in Stabilität und die Wiedergewinnung des wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewichts in der Gemeinschaft zu sichern.

Das Jahr 1976 wird uns dazu Chance und Herausforderung zugleich sein.
(-/29.12.1975/wi/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller